

BDKJ Diözesanversammlung Münster

15. und 16. März 2025



Beschluss-Nr. 1:

Aus christlicher Überzeugung für Demokratie!

Die Diözesanversammlung des BDKJ Diözese Münster hat beschlossen:

Anschließend an den Beschluss [Aus christlicher Überzeugung für Demokratie!](#) (BDKJ-Hauptversammlung, Mai 2024), den Beschluss [Gemeinsam gegen die AfD - für eine plurale Zivilgesellschaft](#) (Vollversammlung Landesjugendring NRW, November 2024) und unsere Beschlüsse [Denke bunt!](#) (Diözesanversammlung, März 2017) und [Wir wählen! NICHT die AfD](#) (Diözesanversammlung, März 2022) konkretisieren wir unsere Positionierung.

Wir beziehen Stellung:

- 10 Als katholische Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.
- 15 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und solidarisieren uns in unserer Arbeit explizit mit marginalisierten Gruppen. Wir positionieren uns klar gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus. Wir bekennen uns zur Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte weltweit. Um das zu gewährleisten, braucht es partizipatorische Prozesse und demokratische
- 20 Kontrollmechanismen.

- Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
- 25 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

Daraus ziehen wir folgende Konsequenzen:

- 30
- Eine Mitgliedschaft in der AfD sowie anderer Parteien oder Organisationen, die verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen, ist nicht vereinbar mit unseren Grundwerten. Wir überprüfen unsere Strukturen und entwickeln diese weiter, um uns nachhaltig gegen rechtsextreme Beeinflussung abzusichern.

- 35 • Unsere Angebote stehen allen jungen Menschen offen. Auch junge Menschen, die durch rechtsextreme Ideologien gefährdet sind und bei denen rechtsextreme Akteure versuchen, sie zu vereinnahmen, müssen in unseren Jugendverbänden einen Ort finden, in denen sie als Mensch willkommen sind. Gleichzeitig ist rechtsextremes und völkisches Gedankengut als solches zu entlarven und darf nicht als gleichwertige demokratische Position
40 akzeptiert werden.
Personen, die offen mit der AfD oder einem völkischen und menschenfeindlichen Nationalismus sympathisieren, wird in unseren Jugendverbänden keine Bühne geboten.
- 45 • Wir machen und leben Demokratiebildung. Als Kinder- und Jugendverbände sind wir Ort der Selbstorganisation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Durch unsere Haltung und unser Selbstverständnis sind Demokratie und Partizipation ganzheitliche Themen, die über Wahlen hinausgehen.
- 50 • Wir wehren uns gegen Vereinnahmungsversuche durch Rechtsextreme in unseren Verbänden und bieten unseren Mitgliedern Unterstützung an. Konkret tragen wir als Jugendverbände die Verantwortung, unsere Untergliederungen und Mitglieder durch Angebote und eine enge Begleitung darin zu unterstützen, sich für ein demokratisches Miteinander einzusetzen.
- 55 • Wir begleiten die Bundestagswahl und die darauf folgenden Koalitionsgespräche und die Kommunalwahl und bieten jungen Menschen einen Raum, um mit der Politik in Kontakt zu kommen. Dabei beziehen wir öffentlich klar Position zu unseren Grundwerten und fordern auch von der Politik eine klare Haltung.

60 **Wir fordern von der Politik:**

- Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, sich konsequent und entschieden von der AfD abzugrenzen - eine demokratische Willensbildung darf nicht mit den Stimmen der AfD geschehen.
- 65 • Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend in der politischen Debatte. Wir fordern die Parteien auf, in ihrer Politik nicht die Positionen der AfD zu übernehmen. Durch eine Übernahme rechter Positionen verschiebt sich der Diskurs in der Gesellschaft und nur die AfD gewinnt (vgl. [Wer rechte Themen übernimmt, nützt rechten Parteien - und schadet sich selbst](#), MDR).
- 70 • Auf Grundlage unseres christlichen Glaubens und des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fordern wir, dass in der politischen Debatte über Menschen mit Migrationshintergrund und geflüchtete Menschen nicht pauschalisiert wird. Es benötigt eine gemeinsame, am Menschen orientierte Haltung und den Verzicht von populistischen Methoden im Wahlkampf.
- 75 • Wir danken allen Parteien und Politiker*innen, die sich für Demokratie stark machen und bestärken sie in ihrer Arbeit.

Wir fordern von der katholischen Kirche

- 80 • Wir begrüßen die [klare Positionierung der Deutschen Bischofskonferenz](#) und fordern auch weiterhin, den Einfluss der katholischen Kirche zu nutzen, um sich klar und mit vereinter Stimme aus christlicher Überzeugung gegen das Erstarken rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Bewegungen zu positionieren.
- 85 • Auch die katholische Kirche bzw. ihre Mitglieder sind nicht immun gegen rechtsextremistisches und rechtspopulistisches Gedankengut. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu christlichen und demokratischen Werten, insbesondere von Offiziellen in kirchlichen Leitungspositionen. Die Nähe zu rechtspopulistischen und -extremen Gruppierungen und Personen darf nicht honoriert, sondern muss kritisiert werden!
- 90 • Wir nehmen die Bemühungen um Partizipation in den synodalen Gremien des Bistums Münster wahr, fordern aber weitere Konkretisierung und Umsetzung.
- 95 • Wir freuen uns über die Kooperation mit dem Bistum und dem Diözesancharitasverband bei unserer Kampagne "Mensch Münster! Lebe Freiheit!". Demokratiebildung und der Einsatz für Nächstenliebe, Vielfalt und Toleranz müssen aber auch über die Kampagne hinaus in allen Strukturen der katholischen Kirche verankert werden.

100 **Wir setzen uns nachdrücklich für eine Gesellschaft und für eine Kirche ein, die frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir sind antifaschistisch.**

Ergebnis: der Antrag wurde mit 33 Ja- Stimmen und einer Enthaltung angenommen.